

Betreff:

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Braunschweiger Wirtschaft

Organisationseinheit:

Dezernat VI
0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat

Datum:

12.12.2022

Beratungsfolge

Wirtschaftsausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

09.12.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage 22-20146 der SPD-Fraktion vom 25.11.2022 beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu Frage 1:

Aufgrund der Gemengelage aus stark steigenden Energiekosten, Inflation und verschärften Lieferengpässen infolge des Kriegs in der Ukraine ist aus Sicht der Verwaltung die aktuelle Situation bei vielen Betrieben kritisch. Insgesamt ist die Stimmungslage im Mittelstand eingetrübt und die KMU erwarten eher eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage für die kommenden Monate. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Rückgangs der Wirtschaftsleistung bei anhaltender Inflation, weiterbestehenden Lieferengpässen und steigenden Energiepreisen ist derzeit allerdings schwer abschätzbar.

Lt. IHK-Konjunkturumfrage für das dritte Quartal 2022 blicken die Unternehmen im Wirtschaftsraum Braunschweig-Wolfsburg mit großen Sorgen in die Zukunft. Die gestiegenen Preise für Energie, Vorprodukte und Rohstoffe belasten die Geschäftslage zunehmend und bremsen die wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig gerät die Nachfrage im In- und Ausland ins Stocken. Von der negativen konjunkturellen Entwicklung sind mittlerweile alle Wirtschaftsbranchen erfasst, sodass im bevorstehenden Winter eine Rezession droht.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird in entscheidendem Maße von der Entwicklung der Gas- und Strompreise und der Sicherstellung der Gasversorgung überhaupt abhängig sein. Ab einer Drosselung der Gaslieferung um 10 Prozent ist jedes zehnte Industrieunternehmen zur Einstellung seiner Produktion gezwungen, wie sich aus dem gemeinsamen Konjunkturbericht der IHK Braunschweig und der IHK Lüneburg-Wolfsburg für das dritte Quartal 2022 ergibt.

Die trübe Stimmungslage der regionalen Wirtschaft, die bisher hauptsächlich von den Folgen der Corona-Pandemie, den Lieferengpässen und dem Arbeitskräftemangel bestimmt waren, wird nun lt. IHK-Konjunkturumfrage deutlich von Risiken steigender Energiepreise und befürchteter Versorgungsengpässe bei Gas und Strom dominiert. Viele Unternehmen sehen hier das höchste Risiko ihrer zukünftigen Geschäftsentwicklung.

Auch das Handwerk erwartet einen deutlichen Dämpfer für die Konjunktur. In der aktuellen Herbstumfrage der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade erreicht der Geschäftsklimaindex 83 Punkte, vor einem Jahr hatte er noch bei 131 Punkten gelegen. Eine Konjunkturstabilisierung und Eindämmung der Inflation könne nur gelingen, wenn die Energiepreise zügig wieder auf ein bezahlbares Niveau sinken.

Aktuell bewertet jeder zweite Handwerksbetrieb (51 Prozent) seine Geschäftslage zwar noch als gut, weitere 35 Prozent sind zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage. Ganz anders das Bild bei den Erwartungen: Eine Mehrheit von 55 Prozent der befragten Betriebe rechnet in den kommenden Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäftslage. 40 Prozent gehen von einer gleichbleibenden Entwicklung aus, lediglich fünf Prozent erwarten eine Verbesserung. Ein vergleichbarer Einbruch der Erwartungen wurde lediglich im Frühjahr 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie registriert.

Zu Frage 2:

Trotz des Drucks der Energiekrise hält sich nach wie vor am Arbeitsmarkt ein leicht positiver Ausblick. Ein stabiler Arbeitsmarkt wird dabei mithelfen, eine schwerwiegende Rezession zu vermeiden.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich zuletzt trotz der bestehenden Unwägbarkeiten im Zuge der durch den Angriffskrieg auf die Ukraine verursachten Energiekrise relativ robust. Allerdings zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen aus den Corona-Lockdowns, dass gerade Betriebe aus krisengebeutelten Branchen sich mit Neueinstellungen zurückhalten. Deshalb muss in den nächsten Monaten voraussichtlich mit einem Rückgang der offenen Stellen in den betroffenen Branchen gerechnet werden.

Zu Frage 3:

Grundsätzlich werden aus Sicht der Verwaltung die aktuellen Hilfsangebote auf Bundes- und Landesebene in vielen Fällen angenommen und zeigen entsprechende Wirkung. In der derzeitigen Situation benötigen die KMU allerdings klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Oftmals aber hemmen bürokratische Auflagen Unternehmen bei ihren Bemühungen und Planungen, wie z. B. bei der Umstellung von Produktionsanlagen auf andere Energieträger. Ein weiteres Hemmnis ist auch weiterhin der Mangel an Fachkräften.

Um die Unternehmen vor Ort bei der Bewältigung der aktuellen Krisensituation bestmöglich zu unterstützen, stimmt sich die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft Braunschweig Zukunft GmbH gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und weiteren Verbänden und Einrichtungen in einem Beratungsnetzwerk regelmäßig über ein gemeinsames Vorgehen ab. Zusammen unterstützen die Partner die Unternehmen schnell und kompetent.

Leppa

Anlage/n: keine